

Stand: 18.05.2024 20:07:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/17823

"Modellversuch Kita-Sozialarbeit - Für mehr Bildungsgerechtigkeit von Anfang an"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/17823 vom 15.09.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19061 des SO vom 21.10.2021
3. Beschluss des Plenums 18/19319 vom 01.12.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 98 vom 01.12.2021



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch, Margit Wild, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Tasdelen SPD**

Modellversuch Kita-Sozialarbeit – Für mehr Bildungsgerechtigkeit von Anfang an

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Kita-Sozialarbeit in Modellversuchen in verschiedenen Kommunen in Bayern zu erproben. Kita-Sozialarbeit ist ein (familien-)unterstützendes Angebot, welches darauf abzielt, Kinder so in ihrer Entwicklung zu unterstützen, dass mögliche Herkunftsunterschiede verringert werden und alle Kinder bis zum Schuleintritt ähnlich gute Startchancen erlangen können. Kita-Sozialarbeit ist in diesem Sinne ein wichtiger Baustein hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern.

Begründung:

Die soziale Arbeit in Kitas ähnelt der Jugendsozialarbeit an Schulen – allerdings eröffnet sie die Möglichkeit, noch früher auf Bedürfnisse von Kindern, Eltern und Erzieherinnen bzw. Erziehern eingehen zu können. Kita-Sozialarbeiterinnen bzw. -arbeiter übernehmen all jene Aufgaben, die Erzieherinnen bzw. Erzieher und Sozialpädagoginnen bzw. -pädagogen in zunehmenden Maße zusätzlich zur pädagogischen Arbeit leisten müssen, diese aus Kapazitätsgründen aber eigentlich nicht leisten können. Dazu gehören die Beratung, Begleitung und Unterstützung insbesondere von Familien mit Hilfebedarfen im Kontext soziale Benachteiligung.

Ziel der Kita-Sozialarbeit ist es, Selbsthilfepotenziale der Familien zu stärken, auszubauen und Unterstützung bei alltäglichen Herausforderungen zum Wohle der Kindesentwicklung zu geben. Gleichzeitig zielt Kita-Sozialarbeit aber auch darauf, Kinder mit besonderen emotionalen Unterstützungsbedarfen zu fördern, um möglichst gleiche Entwicklungs- und Bildungschancen herstellen zu können.

Das Konzept der Kita-Sozialarbeit wurde außerhalb Bayerns bereits in verschiedenen Modellprojekten auf kommunaler Ebene erprobt, in einigen Kommunen wird es nun fest verankert. Als erstes Bundesland fördert Rheinland-Pfalz die Kita-Sozialarbeit im Rahmen des „Kita-Zukunftsgesetzes“ landesweit. Die strukturelle Anbindung ist meist von den Gegebenheiten und Bedarfen vor Ort abhängig – somit wären auch für Bayern verschiedene Optionen der strukturellen Verankerung denkbar, welche zunächst in Modellprojekten erprobt werden könnten. Die Stadt Magdeburg bspw. fördert das Konzept momentan an 18 Kitas, deren Familien im besonderen Maße von Bildungsbenachteiligungen und Armut bedroht oder betroffen sind. Finanziert werden die Stellen der Sozialarbeiterinnen bzw. -arbeiter für eine Laufzeit von zwei bzw. vier Jahren aus Landesmitteln und kommunalen Mitteln.

Zahlreiche Studien zeigen, dass Kinder sich dann am besten entwickeln, wenn sie sowohl im familiären Kontext als auch in der Kita gute Rahmenbedingungen vorfinden, da Kita-Sozialarbeit in beide Kontexte hineinwirkt, ist sie ein wichtiger Baustein hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch u.a.
SPD
Drs. 18/17823**

Modellversuch Kita-Sozialarbeit - Für mehr Bildungsgerechtigkeit von Anfang an

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatlerin: **Sylvia Stierstorfer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 21. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch, Margit Wild, Christian Flisek, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Drs. 18/17823, 18/19061

Modellversuch Kita-Sozialarbeit – Für mehr Bildungsgerechtigkeit von Anfang an

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Vorab ist über zwei Anträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion gesondert abzustimmen.

Zunächst lasse ich über den Antrag betreffend "Antisemitismusprävention an Bayerns Schulen stärken" auf Drucksache 18/17885 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und die FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die AfD. Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit komme ich zur Abstimmung über den Antrag betreffend "Expertinnen- bzw. Expertenanhörung zum Thema ‚Mögliche Reform des Landeswahlgesetzes, insbesondere beabsichtigtes Abstellen auf die Wahlberechtigten und damit weg vom Maßstab der deutschen Hauptwohnungsbevölkerung einschließlich der Minderjährigen bei der Zuteilung der Mandate an die Wahlkreise und bei der Stimmkreiseinteilung'" auf Drucksache 18/18388. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion selbst. Sonst sehe ich keine weiteren Stimmen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthal-

tungen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind fast alle. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Niemand. Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten und nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 28. Oktober 2021 (Vf. 55-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 3, 3 a der Vierzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (14. BayIfSMV) vom 1. September 2021 (BayMBI. Nr. 615, BayRS 2126-1-18-G), die zuletzt durch §§ 1 und 2 der Verordnung vom 14. Oktober 2021 (BayMBI. Nr. 733) geändert worden ist

PII-G1310.21-0022

Drs. 18/19199 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☐	☒	☒

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Oktober 2021 (Vf. 48-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Achten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (8. BayIfSMV) vom 30. Oktober 2020 (BayMBI. Nr. 616, BayRS 2126-1-12-G)

PII-G1310.21-0021
Drs. 18/19200 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration.

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	Z	ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Julika Sandt, Albert Duin, Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)
Anhörung über Gewaltschutz in Bayern von Frauen und Mädchen: Schutz- und Unterstützungsstruktur gegen geschlechtsspezifische, sexualisierte, häusliche und digitale Gewalt evaluieren
Drs. 18/17089, 18/19058 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Norbert Dünkel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Parkerleichterungen auch für Eltern von Kindern mit einer Behinderung
Drs. 18/17537, 18/19059 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

[illegible]

5. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Christian Klingen und Fraktion (AfD)
Den „Weißen Stee“ an den historischen Ländergrenzen zwischen Baden, Württemberg und Bayern angemessen würdigen
Drs. 18/17720, 18/19166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

6. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer,
Dr. Anne Cyron AfD
Evaluation der Entwicklung von in der Pandemie geborenen Kindern
Drs. 18/17776, 18/19060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Michael Busch u.a. SPD
Modellversuch Kita-Sozialarbeit –
Für mehr Bildungsgerechtigkeit von Anfang an
Drs. 18/17823, 18/19061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

8. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Bildungsgerechtigkeit von Anfang an –
Inklusion in Kindertageseinrichtungen stärken
Drs. 18/17824, 18/19062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐

9. Antrag der Abgeordneten Margit Wild,
Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher u.a. SPD
Antisemitismusprävention an Bayerns Schulen stärken
Drs. 18/17885, 18/19057 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

10. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Franz Rieger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verbesserung der Rückkehrkooperation von Drittstaaten
Drs. 18/17895, 18/19038 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐ A	☒	☒	☐ A	☒

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Tradition erhalten, Unternehmen retten und Arbeitsplätze sichern:
Volksfeste sofort wieder zulassen
Drs. 18/17941, 18/18503 (E)

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

12. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Keine Gender-Sprachregeln an Hochschulen in Bayern!
Drs. 18/18029, 18/19167 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
Bayerischen Nachhaltigkeitstoken „Ökotoken“ umsetzen
Drs. 18/18031, 18/19178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Heimisches Kulturgut erhalten, Kommunen Leitplanken für den Winter geben: Weihnachtsmärkte wieder ermöglichen
Drs. 18/18052, 18/18505 (E)

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schnelle Hilfe für Menschen aus Afghanistan
Drs. 18/18054, 18/19039 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Perspektiven für heilpädagogische Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams an bayerischen Schulen
Drs. 18/18072, 18/19173 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

[illegible]

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transparenzkodex zur Qualitätssicherung von externem Unterrichtsmaterial einführen
Drs. 18/18080, 18/19174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Förderprogramm „gemeinsam.Brücken.bauen“
Drs. 18/18083, 18/19175 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

[illegible]

19. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek,
Margit Wild u.a. SPD
Situation der Kultur in Bayern
Drs. 18/18223, 18/19168 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

[illegible]

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Rationale und bürgerorientierte Energiepolitik:
Energiepreise sofort senken – Stromsteuer auf EU-Mindestsatz absenken, CO₂-Steuer streichen, EEG abschaffen
Drs. 18/18260, 18/19179 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schwimmfähigkeit in Bayern stärken –
ohne Lehrkräfte kein Schwimmunterricht
Drs. 18/18381, 18/19176 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fluchtwege sicherstellen
Drs. 18/18384, 18/19040 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Expertinnen- bzw. Expertenanhörung zum Thema „Mögliche Reform des Landeswahlgesetzes, insbesondere beabsichtigtes Abstellen auf die Wahlberechtigten und damit weg vom Maßstab der deutschen Hauptwohnbevölkerung einschließlich der Minderjährigen bei der Zuteilung der Mandate an die Wahlkreise und bei der Stimmkreiseinteilung“
Drs. 18/18388, 18/19041 (A)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

